

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsbanknoten 2 RM. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abonnement: 12 Wochen 12 RM. 12 Monate 120 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Abonnement: 12 Wochen 12 RM. 12 Monate 120 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 293. — 86. Jahrgang — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 17. Dezember 1927

Das Füllhorn.

Der Reichstag bewilligt... — Unverschämte Hindenburg-Faristaturen. — „Nie wieder Krieg.“

Auf Flüssen und Seen tummeln sich unsere lieben Knaben und Mädchen nach Herzenslust, die Eisschuhe unter den Füßen, in der scharfen Luft des frühen Winters, der uns diesmal, ganz nach den Vorschriften des sonst oft genug schwächlich dementierten Kalenders, pünktlich besichert worden ist. Und die vielen Sportplätze in den weiß gewordenen Bergen können frohgemut der Winterzeit entgegensehen, nachdem der letzte, fast völlig verregnete Sommer so viel Enttäuschungen zurückgelassen hat. Weihnachten steht vor der Tür. Die Schulen werden bald ihre Pforten für kurze Winterwochen schließen und so könnte man fast meinen, daß auch unsere nicht wenig geplagten Volksgenossen mit einem Stoßseufzer der Erleichterung den Staub der Reichshauptstadt wieder einmal von den Füßen schütteln dürfen, zumal sie sich rechtlich Mühe gegeben haben, im Reich wie in Preußen, die Beamtenbesoldung noch vor der Weihnachtspause zum Abschluß zu bringen, und so in manche sorgenerfüllte Wohnung doch wenigstens etwas Licht und Freude gekommen ist. Auch der Klein- und Sozialrentner und der Erwerbslosen ist rasch noch mit einer freundlichen — oder doch wenigstens freundlich gemeinten — Gabe gedacht worden, und wenn trotzdem von besonderer Zufriedenheit weder in diesen Volkskreisen noch in der Beamtenschaft viel zu hören oder zu spüren ist, so liegt das wohl weniger an dem quantitativen Ausmaß der Zuschüsse als an dem unerbittlichen Drum und Dran der ganzen Parlamentarierhandlungen um diese Vorlage und namentlich wohl auch an dem nicht immer sehr ersten Weikampf der Parteien um die Gunst und die Wahlfolgenschaft dieser oder jener Beamtengruppe. Wie oft müssen wir doch mit Reiz auf die parlamentarischen Gespinnstwebereien anderer Völker blicken, wo es möglich ist, von einem Tag auf den anderen gewichtige Vorlagen, eben erst von der Regierung eingebracht, ihr auch schon mit Gespinnst versehen wieder zurückzugeben. Ein besseres Mittel als dieses Ansehen einer Volksvertretung in der großen Öffentlichkeit zu befestigen und zu erhöhen, kann es gar nicht geben. Wann aber werden wir in Deutschland mit unserer täglichen Parteispaltung es soweit bringen, daß uns die Tat, zumal die rasche Tat, höher steht als die größte Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit im Reden?

Aus dem Füllhorn seiner Gaben hat diesmal auch der Wilsdruffer Rat zur Hebung der allgemeinen Weihnachtsstimmung etwas beigetragen. Benigntens glaubt er das Verdienst für sich in Anspruch nehmen zu können, eine gewisse Entspannung in dem polnisch-litauischen Streit erwirkt zu haben, und wenn man's so hört, in der Sprache der berufsmäßigen Versöhnungsapostel von Genf, möcht es auch leidlich scheinen. Wie lange aber wird diese kleine Bewährgabe weittragender Gegenstände vorhalten, da doch die Großmächte um den Kern der ganzen Schwierigkeiten, die Winafrage, so vorzüglich herumgegangen sind wie die Rabe um den heißen Brei? Frankreich war es ja auch in dieser Dezemberabstimmung wieder ungleich mehr darum zu tun, seine eigene Wirtschaftslage in Europa und namentlich im Osten zu stärken, als darum, in die immer mehr sich komplizierenden Verhältnisse der neugebildeten Nachbarstaaten wirklich nahe und innere Befriedigung zu bringen.

An den Häusern von Paris steht in diesen Tagen ein von den Reichsparteien ausgehendes Plakat, das für den Fall eines Wahlsieges der Antiparteien die Nennung des Rheins und die Annexion Österreichs durch Deutschland voranschlägt, „und das bedeutet den Krieg!“ Also steht man eine Hindenburg-Karikatur darüber, in Uniform und Fiedelhaube, und besetzt die Fackel, dazu erläuternd zu bemerken, daß der Reichspräsident die französischen Wahlen von 1928 ebenso überwinde, wie Bethmann-Hollweg diejenigen von 1914 überwinden habe. So wird in der Hauptstadt der Französischen Republik, unter den Augen von Poincaré und Briand, Friedenspolitik getrieben, während von uns gleichzeitig befördert wird, daß wir unsere Politik einzig und allein auf die Dauerhaftigkeit des Locarnoabkommens einzustellen haben. Nicht einmal die schuldige Rücksicht auf das schwebende Oberhaupt des Deutschen Reiches bildet für den Wahlleiter der Franzosen ein Hindernis, schon jetzt, wo sie noch ziemlich ein halbes Jahr auf den Gang zur Wahlurne zu warten haben; wie soll das erst werden, wenn im Kampf um die Staatsmacht die Gemüter jede Selbstbeherrschung verloren haben? Und ob der Anblick der französischen Wahlplakate auf die deutschen Wählermassen, die dann ja auch bald in Wahlbewegung geraten werden, abtösend oder nicht vielmehr anfeuernd wirken wird, wer will das wohl voraussetzen? Schade in jedem Fall, daß die Pazifisten ihre Parole „Nie wieder Krieg!“ nur für die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Völkern gelten lassen. Wenn man erst innerlich einer und derselben Nation etwas mehr Frieden stiften könnte, als gemeinlich dort zu finden ist, würden auch die Beziehungen von Nachbarstaat zu Nachbarstaat von selbst sich in ein ruhigeres Fahrwasser zurückfinden lassen.

Dr. Sp.

Parker Gilberts Bericht über das 3. Annullitätsjahr

Berlin, 16. Dezember. Der Reparationsagent veröffentlicht heute seinen Bericht über das dritte Annullitätsjahr, in dem er eingehend auf die verschiedenen durch den Reparationsplan aufgeworfenen Fragen eingeht. Sein diesmaliger Bericht ist, im Gegensatz zu seinem Zwischenbericht vom 10. Juni, der sehr kritisch gehalten war, sehr ruhig und entgegenkommend gehalten und anerkennt die Fortschritte und Leistungen Deutschlands in Bezug auf verschiedene von ihm angeschnittene Fragen, die sich insbesondere auf die Finanzverwaltung und Kreditgeberung des Reiches, der Länder und der Gemeinden bezogen. Er verhehlt gleichwohl nicht, daß auf den von der Reichsregierung beschrittenen Wegen fortgeföhrt werden muß, und gibt zum Schluß der Ansicht Ausdruck, daß weder das Reparationsproblem noch die anderen mit diesem Problem verknüpften Fragen endgültig gelöst werden könnten, bevor Deutschland die Aufgabe gestellt werde, auf eigene Verantwortung ohne fremde Überwachung und ohne Transferschuld die Reparationsfrage zu lösen.

Kapitel 1 handelt von der Verwaltung des Planes, Kapitel 2 von der Tätigkeit des Transferkomitees. Die Transfersummen belaufen sich in dritten Reparationsjahre auf 1,38 Milliarden RM. gegen 1,17 Milliarden Reichsmark im zweiten Reparationsjahre.

Im Kapitel 3 wird kurze Uebersicht über die Berichte der Kommissare und Treuhänder gegeben. Insbesondere wird der Bericht des Eisenbahnkommissars behandelt. Nach Schilderung der Vermögenslagen, die Vorkursanfragen 1927 am Markt unterzubringen, empfiehlt Gilbert folgende Vorgehen: 1. Zusammengeben von Reichsbahn und Reichsbank bei der Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes; 2. Zurückdrängung der bisherigen Tendenzen bezüglich der öffentlichen Kredit- und Gelddausgabengebung; 3. Reorganisation der Finanzierungsmethoden der Reichsbahn selber. Wenn dieses nicht zum Erfolg führe und die Frage einer Auslandsmission entstehen sollte, hält der Reparationsagent besondere Erörterungen mit der Reparationskommission wegen der Prioritätsfrage für notwendig.

Kapitel 4 handelt vom Haushalt. Der große Anleihebedarf für die Gemeindefinanzen lasse wenig Zweifel, daß viele Gemeinden über ihre Mittel gelebt haben. Seine Bemerkungen

über den Haushalt sah der Generalagent dahin zusammen, daß die ständig steigenden Ausgaben sehr zum höchsten Punkt seit der Stabilisierung geführt haben und daß die eindrucksvollste Tatsache die beständige Abnahme der Einnahmequellen sei. Die Hauptaufgabe sei nunmehr eine bessere Ausgabenkontrolle.

Im Kapitel 5 über die öffentliche Schuld wird die Gesamtschuld der öffentlichen Körperschaften in Deutschland im ganzen mit 11 Milliarden Reichsmark angegeben, wovon 8,85 Milliarden Reichsmark auf das Reich, 1,1 Milliarden auf die Länder und 1,05 Milliarden auf die Gemeinden entfallen. Die langfristigen Auslandsverschuldungen der Länder und Gemeinden betragen bis Oktober dieses Jahres 1,3 Milliarden, die langfristigen Inlandsverschuldungen 0,85 Milliarden. Mit den Kommunalanleihen ergeben sich 2,95 Milliarden, davon entfallen auf die Länder 37% und auf die Gemeinden 63%.

Das 6. Kapitel behandelt die Beziehungen zwischen Kredit und Währung. Der Generalagent meint, daß bei der Aufnahme von Auslandsanleihen Zurückhaltung bei Ländern und Gemeinden, aber auch bei den Banquiers geföhrt habe.

Im 7. Kapitel über den Außenhandel stellt der Generalagent fest, daß Deutschland noch für einige Zeit auswärtige Anleihen benötige, wobei er auch auf die Aufgabe der Gläubigerländer Deutschlands in Bezug auf die Aufnahme deutscher Exportwaren hinweist.

Nach einer eingehenden Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands schildert der Generalagent in seinen Schlussfolgerungen die Verantwortung, die dem Transferkomitee, dem Reich und der Reichsbank hinsichtlich des Transfers obliegt. Die Ungewißheit der Höhe der deutschen Reparationsanleihe führt überall, so bemerkt schließlich der Generalagent, zur Unterdrückung der normalen Initiative und der im eigenen Interesse Deutschlands liegenden Reformen. Das von den Sachverständigen vorgelegene Schutzsystem ist nur Mittel zum Zweck gewesen, nämlich ein dringendes Gegenwartsproblem zu lösen und Transferschulden zu erzielen. Der einzige Weg hierzu ist die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsschuld auf einer absoluten Basis ohne Transferschuld.

Der Düsseldorf Schiedspruch.

Eingreifen des Reichsarbeitsministers. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat zu Dienstag, den 20. Dezember, die beiden Parteien der Eisenindustrie zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die Frage der Verbindlichkeitsklärung des Düsseldorf Schiedspruches zu erörtern. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich bis Montag erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen. Es ist wohl damit zu rechnen, daß, wenn eine Partei oder beide Parteien den Schiedspruch ablehnen, doch die Verbindlichkeitsklärung unmittelbar nach der Berliner Sitzung erfolgt.

Die Lage im Industrieviertel bleibt infolge der ungenügenden Aufnahme, die der Düsseldorf Schiedspruch namentlich bei den Metallarbeitern findet, vollkommen ungeklärt. Die den Freien Gewerkschaften absehbende Preisse lehnt den Schiedspruch ab, bezeichnet die Arbeitszeitregelung als unzulänglich und die in dem Schiedspruch festgesetzten Löhne als nicht zureichend.

Keine Kündigungen durch die Arbeitgeber.

Von Arbeitgeberseite wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtwirkung der veröffentlichten beiden Schiedsprüche im Zusammenhang mit der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli sich zurzeit noch nicht völlig übersehen lasse. Es steht aber fest, daß, wenn nicht im weiteren Verlauf des Verfahrens eine wesentliche Milderung des Schiedspruchs zugunsten der Industrie eintrete, eine sehr große Mehrbelastung sowohl der eisen-schaffenden wie der eisenverarbeitenden Industrie eintreten werde. Besonders betrachtet man die erfolgte allgemeine Lohnerhöhung in ihrer weiteren Auswirkung sowohl für die eisen-schaffende und eisenverarbeitende Industrie als auch für die gesamte übrige Wirtschaft für sehr schwerwiegend.

Der weitere Gang des Verfahrens ist zurzeit noch nicht zu übersehen, die Werke haben aber, um von jeder Verschärfung der Lage ihrerseits abzusehen und um die völlige Durchführung des Schlichtungsverfahrens nicht zu föhren, beschloffen, Kündigungen zurzeit nicht vorzunehmen, zumal die Anfang Dezember erfolgten Stilllegungsanzeigen noch bis zum 31. Januar nächsten Jahres wirksam sind.

Unsicherheit der Lage.

Bis zum Montag abend müssen sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden haben. Der Hauptvorstand des Gewerbetreibenden Deutscher Metallarbeiter nimmt in einer Erklärung zu der Entscheidung des Reichsarbeitsministers bezüglich der Berordnung über die Arbeitszeit in der Eisen-

industrie und zu dem Schiedspruch Stellung. In dieser Erklärung wird u. a. gesagt, daß die Entscheidung des Reichsarbeitsministers stark enttäusche, da sie von dem Sinn der Berordnung wesentlich abweiche. Wohl werde grundsätzlich an ihr festgehalten, aber andererseits würden Ausnahmen gestattet, die einer Außerkräftigung für die Dauer bis zu einem Jahre fast völlig gleichkämen. Wie angekündigt wird, dürften die Gewerkschaften den Schiedspruch in der Eisenindustrie ablehnen. Man verweist in Arbeitnehmerkreisen auf die unbefriedigende Lösung der Lohnfrage sowie die Regelung der Arbeitszeit.

Die Tarifgemeinschaft für Eisenhütten und Bergbau in Ostoberschlesien hat zum 15. Dezember den bestehenden Lohnstaris aufgekündigt. Anträge auf Erhöhung der Löhne sind noch nicht gestellt worden.

Rechtfertigung der Reichsbankpolitik.

Jahresbericht des Reichsbankkommissars. Der Kommissar bei der Reichsbank veröffentlicht seinen Bericht für die Periode vom 1. September 1926 bis 31. August 1927 und führt in seinen zusammenfassenden Schlussbetrachtungen u. a. aus: Die Beziehungen Deutschlands zur Weltwirtschaft haben sich in den letzten drei Jahren fortwährend inniger gestaltet. Trotzdem hat der Konjunkturverlauf in Deutschland bis jetzt einen von dem der anderen Länder stark abweichenden Charakter gezeigt. Während im Ausland die Konjunkturlage sich innerhalb dieser Zeit nur wenig änderte, wurde in Deutschland eine kurze Aufschwungsperiode von einer ernsten Depression abgelöst, der ihrerseits wieder die günstige Konjunktur, die jetzt schon länger als ein halbes Jahr das deutsche Wirtschaftsleben kennzeichnet, geföhrt ist. Die Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens haben sich in verschiedener Hinsicht wieder erweitert und gefestigt. Trotzdem sind durchaus noch schwache Stellen vorhanden. Die schwächste liegt wohl auf dem Gebiete der Kapitalversorgung.

Die Kapitalnachfrage übertrifft unangeseht die Kapitalbildung im Lande, und die Folge ist eine sehr große und anhaltende Nachfrage nach kurz- und langfristigen Auslandskapital. Bei der Beurteilung der günstigen Konjunktur ist ihr Zusammenhang mit dem fortwährenden Zustuß von Auslandskapital nicht aus dem Auge zu verlieren.

In mancher Hinsicht ist die Politik der Zentralnotenbanken heute schwieriger als vor dem Kriege, wäre es schon allein wegen der außerordentlich beträchtlichen Summen an liquiden Kapital von einer sehr großen internationalen Beweglichkeit, welche jene Politik leicht durchkreuzen können. Für die Reichsbank war auch das Vorhandensein von sehr großen öffentlichen und semiöffentlichen Fonds, in deren Verwendung oft eine selbständige Geldmarktpolitik an den Tag trat, ein Hindernis.